

# Union in Deutschland

## Informations-Dienst

der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands

Verlag und Vertrieb: Bonn, Argelanderstraße 173. Redaktion: Bonn, Pressehaus IV, Zimmer 48 (Tel. 21408), Görresstraße

Nr. 73

Bonn, den 19. September 1953

VII. Jahrg.

## Außenpolitik auf altem Kurs

Bundestagsfraktion der CDU/CSU trat zusammen

Die neue Bundestagsfraktion der CDU/CSU ist am vergangenen Dienstag erstmalig zusammengetreten. Aus Anlaß ihrer Konstituierung hielt Dr. Adenauer eine innen- und außenpolitisch programmatische Rede. Im Vordergrund stand die Feststellung, daß der große Wahlsieg in erster Linie eine Verantwortung für die Zukunft bedeute. Diese Verantwortung liege auf der Christlich-Demokratischen Union in weit größerem Maße als bisher. Die kommenden vier Jahre würden schicksalhafte Entscheidungen für die Zukunft des deutschen Volkes bringen.

Dr. Adenauer, der geschäftsführend bis zur Neubildung der Regierung bzw. bis zu seiner erneuten Beauftragung das Amt des Bundeskanzlers innehat, hob hervor, daß die Außenpolitik einer kommenden Bundesregierung auf der bisherigen Linie gradlinig weiterverfolgt werde. Er sprach die Überzeugung aus, daß nunmehr auch die EVG ihrer Verwirklichung endlich nahegerückt sein.

Dr. Adenauer vertrat die Auffassung, daß nur eine wirkliche europäische Politik den dauerhaften Frieden garantieren könne. Der Wahlausgang in der Bundesrepublik bedeute für den Kreml, daß für ihn eine entscheidende Schlacht im Kalten Krieg verloren sei. Wenn die Sowjetunion eingesehen habe, daß der Kalte Krieg nicht zu gewinnen sei, werde angesichts ihrer schwierigen wirtschaftlichen und politischen Lage den Heißen Krieg nicht wagen.

### Alle Energie für Wiedervereinigung

Das große Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands müsse Schritt für Schritt mit aller Energie angestrebt werden. Jede Stunde, die man die 18 Millionen Deutschen länger ihrem Schicksal überlasse, sei ein Verbrechen. Die Wahlentscheidung des deutschen Volkes in der Bundesrepublik habe der Bevölkerung hinter dem Eisernen Vorhang neuen Mut gegeben.

Der Bundeskanzler sprach die Erwartung aus, daß die Opposition ihre außenpolitische Haltung einer Prüfung unterziehen werde. Er habe jedenfalls die Absicht, sich mit dem SPD-Vorsitzenden Ollenhauer einmal in aller Offenheit auszusprechen.

### Schwerpunkt Sozialpolitik

Eine Verstärkung der Sozialpolitik bezeichnete der Kanzler als das Merkmal seiner innenpolitischen Ziele. Es gelte, besonders die Lage der Alten zu bessern und die Familie zu fördern. Voraussetzung

hierfür sei eine Verbesserung des Wohnungsbaus im Sinne wirklich familiengerechter Wohnungen.

Wirtschaftspolitisch nannte Dr. Adenauer die Modernisierung der Groß-Industrie und die Förderung der Kapitalbildung als wichtigste Aufgaben. In die Förderung des Mittelstandes müßten auch Beamte und freie Berufe stärker als bisher einbezogen werden. Um der immer weiter um sich greifenden Landflucht entgegenzutreten, müßten wirksame neue Maßnahmen getroffen werden, die den Anreiz zur Arbeit auf dem Lande bieten.

### CDU/CSU eine echte Volkspartei

Der ebenfalls vorläufig in seinem Amt bestätigte Fraktionsvorsitzende Dr. Heinrich von Brentano hatte zu Beginn der Sitzung Dr. Adenauer zum Wahlsieg seinen Glückwunsch ausgesprochen. Von Brentano sagte, die CDU/CSU habe durch dieses Wahlergebnis erst recht den Charakter einer echten Volkspartei gewonnen. Auch Dr. von Brentano äußerte die Hoff-

nung, daß es gelinge, im Verhältnis zur Opposition zu einer Entspannung zu kommen. Für die CSU erklärte der Fraktionsvorsitzende Strauß die Bereitschaft zur Beibehaltung der Fraktionsgemeinschaft mit der CDU.

\*

Die nächste Sitzung der CDU/CSU-Fraktion findet am Tage vor der ersten Plenarsitzung des neuen Bundestages, am 5. Oktober statt. Bei dieser Gelegenheit wird in der Fraktion die Wahl des Bundestagspräsidenten zur Sprache kommen. Seine Wahl erfolgt in der ersten Plenarsitzung. Dr. Adenauer ist als 77-jähriger Abgeordneter das älteste Mitglied des neuen Bundestages. Ihm fällt deshalb das Amt des Alterspräsidenten zu, der die erste Sitzung des Bundestages eröffnet.

Inzwischen gehen die Beratungen über die Bildung der neuen Bundesregierung — allerdings ohne bindende Beschlüsse — weiter. Solange Dr. Adenauer nicht vom Bundespräsidenten zum Bundeskanzler vorgeschlagen und vom Parlament gewählt worden ist, kann eine offizielle Zusammensetzung des neuen Kabinetts nicht erfolgen. Dr. Adenauer wird erst dann aufgrund der vorgehenden Beratungen dem Bundestag die von ihm vorgeschlagenen Minister vorstellen, wenn ihm ausdrücklich durch das Votum des Parlaments das Amt des Bundeskanzlers übertragen worden ist.

## Erhards künftiger wirtschaftspolitischer Weg

Expansion der Wirtschaft - „Wir dürfen den Motor nicht absterben lassen“

Das vordringliche Ziel der Wirtschaftspolitik in der neuen Legislaturperiode sieht Bundeswirtschaftsminister Prof. Erhard darin, „den Motor nicht absterben zu lassen und die Wirtschaft in der Expansion zu halten.“ Voraussetzung hierzu sei die „Große Steuerreform“, die den hohen Steuerdruck beseitige und die Entfaltung der individuellen Kräfte fördere. Eine Produktionsausweitung, die in verstärktem Maße in den Konsum fließe, sei keine Gefahr. Im Gegenteil, sie ermögliche die Eingliederung weiterer Menschen in den Arbeitsprozeß und trage zur sozialen Konsolidierung bei. Wenn das Produkt selbst die Kaufkraft schaffe, beständen keine inflationären Gefahren.

Dem Wiederaufbau des Kapitalmarkts mißt Prof. Erhard besondere Bedeutung bei. Notwendige Voraussetzung sei die Beseitigung der Prioritäten der öffentlichen Hand sowie die Regeneration der Aktien. Die Finanzierung des Wohnungsbaues müsse mehr auf marktwirtschaftliche Grundlagen umgestellt werden, damit dem privaten Kapital ein Anreiz zur Beteiligung gegeben werde.

In der Kartellfrage hält der Minister grundsätzlich an der Verbotsgebung fest, auch wenn er sich zu gewissen Zugeständnissen, z. B. hinsichtlich der Exportkartelle, bereifindet. Für die Landwirtschaft müsse etwas zu ihrem Schutze getan werden, sie könne

# Weniger Plenum - mehr Ausschubarbeit

## CDU/CSU will Aufteilung der Fraktion in Arbeitskreise

Die Technik der Arbeit wird auch im neuen Deutschen Bundestag wesentlich mitbestimmend sein für Erfolg und Leistung. Das erste deutsche Nachkriegsparlament hatte — seien wir gerecht — ein Übermaß an Arbeit zu leisten. Nur wenig Dank ist ihm dafür in der Öffentlichkeit zuteil geworden. Die Aufgaben des neuen Parlaments sind nicht geringer oder an Zahl kleiner. Es wird deshalb sehr viel darauf ankommen, diese Arbeit zu rationalisieren, in gewisser Hinsicht sogar zu straffen. Schon jetzt tauchen auf den Reihen der CDU/CSU-Fraktion bemerkenswerte Stimmen auf, die sich mit dieser Frage beschäftigen.

Die CDU/CSU-Fraktion selbst, die auf 244 Köpfe angewachsen ist, hat den Entschluß gefaßt, Arbeitskreise zu bilden, in denen alle Fragen und Anträge zu einer gewissen „Vorreife“ gebracht werden. In den Arbeitskreisen der Fraktion für Wirtschafts-, Sozial-, Außenpolitik und Finanz-, Rechts- und Verwaltungsfragen werden nicht nur die Vertreter der Interessengruppen sitzen; sie sollen darüber hinaus einen Querschnitt durch die gesamte Fraktion ergeben, die wiederum ein Spiegelbild des deutschen Volkes ist. Landwirtschafts- und Ernährungsfragen z. B. werden also fraktionell nicht nur von Landwirten besprochen werden, sondern es werden dazu auch Vertreter der Verbraucher und anderer Bevölkerungskreise hinzugezogen werden.

Diese Absicht der CDU/CSU-Fraktion dürfte kennzeichnend sein für die Änderungen der Geschäftsordnung, die zur Zeit im Bundestag vorbereitet werden. Auch hier geht es darum, die vorbereitende Arbeit in den Ausschüssen zu verstärken und das Plenum freizuhalten für grundsätzliche Entscheidungen, Grundsatzfragen und die endgültige Beratung der Gesetze. Das Wahlergebnis kommt dem neuen Bundestag dabei entgegen. Die Zahl der hier vertretenen Parteien hat sich vermindert; vor allem sind jene Kleinstparteien ausgeschieden, deren Vertreter sich gar zu oft als berufsmäßige Kritiker erwiesen haben. Diese Tatsache bringt eine Rationalisierung der deutschen parlamentarischen Arbeit in sich. Die Männer aber, die sich mit den Änderungen der Geschäftsordnung befassen, wollen mehr. Sie wollen grundsätzlich, daß die Plenarsitzungen weniger Zeit beanspruchen. Ein wesentlicher Teilschritt dazu wird bereits geschehen sein, wenn namentlich die ersten Lesungen im Plenum nicht mehr mit Anträgen belastet werden, die nur örtliche oder gebietsmäßige Bedeutung haben. Das Haus soll also frei bleiben für die großen politischen Debatten über wirtschaftliche, soziale und

**Erhards künftiger wirtschaftspolitischer Weg** nicht frei in einem europäischen Markt bestehen. Die strukturellen Unterschiede sollten durch eine kluge Zollpolitik ausgeschaltet werden, vielleicht auch durch gewisse jahreszeitliche Begrenzungen und Beschränkungen der Einfuhren. Andererseits muß der deutsche Export weiter gesteigert werden. Weitere Ausfuhrsteigerungen lösen gleichzeitig einen Mehrbedarf an Importgütern aus, und mit jedem Mehr an Importe wird Luft für weitere Exporte geschaffen. Vordringlich ist die langfristige Exportförderung.

Nachdrücklich betont Prof. Erhard die Notwendigkeit einer entschiedenen Integrationspolitik. Mit aller Macht müsse die Konvertibilität der europäischen Währung vorangetrieben werden und Hand in Hand mit Maßnahmen gehen, den staatlichen Interventionismus im Außenhandel zu überwinden.

politische Fragen. Darüber hinaus soll auch eine bessere Zeiteinteilung für die Parlamentarier erzielt werden. Den Plenarsitzungen und Ausschußberatungen soll in Zukunft regelmäßig eine Pause folgen, eine durchaus schöpferische Pause, in der der einzelne Bundestagsabgeordnete sich seinem Wahlkreis und seinem Beruf widmen kann. Es liegt durchaus im Interesse des Wählers, wenn sein Abgeordneter soviel Urlaub von Bonn bekommt, daß er als lebendiger Mittler zwischen dem Wahl-

## Moderne Sklaverei in Weimar

An Foltermethoden aus früheren Zeiten erinnert ein authentischer Bericht über die Behandlung von Untersuchungsgefangenen in einer sowjetzonalen Haftanstalt, der dem Deutschland-Union-Dienst von zuverlässiger Quelle zugeht. Darin werden die Zustände in der Haftanstalt in der Thälmannstraße in Weimar geschildert. Wer in der Bundesrepublik jemals daran glaubte, daß die Verhältnisse in der Sowjetzone sich im Laufe der letzten Monate gebessert haben, muß diesen Bericht lesen, um zu erfahren, daß auch die angeblichen Linderungsmaßnahmen vor wenigen Monaten nichts anderes waren als Gerede und leere Worte. Nicht einmal eine Geste der Menschlichkeit steckte dahinter.

Die kleine Haftanstalt in Weimar ist auch heute noch ständig belegt mit 180 Männern und 50 Frauen. Hinter drahtglasbewehrten und lichtundurchlässigen Fenstern liegen wahllos Untersuchungs- und Strafgefangene, politisch Unliebsame und Verbrecher, alte Männer und Jugendliche in kleinen Zellen, die dem einzelnen Häftling nur 5 Kubikmeter Raum lassen. Hier wird die geringe Menge Waschwasser ausgegeben — zwei Liter je Kopf und Tag, auch für die schwer Arbeitenden, deren Reinlichkeitsbedürfnis unbefriedigt bleibt. Hier wird die fettlose Kohlsuppe, das grobe Brot mit Marmelade, der dünne Kaffee verteilt, und hier müssen auch die menschlichen Bedürfnisse verrichtet werden. Für dreißig Menschen steht nur ein deckelloser Kübel zur Verfügung, dessen Ausdünstungen durch den Streuchlor nicht gerade erträglicher werden.

Ein Geistlicher hat die Anstalt während der letzten Jahre trotz häufiger Bitten der gequälten Menschen nicht betreten dürfen. Wohl aber gibt es einen Anstaltsarzt, dessen Methoden eine moderne Parallele zu der Praxis von Dr. Eisenbarth bilden. Dieser 70 jährige Weimarer Arzt erscheint zweimal wöchentlich in Begleitung eines Vopo-Wachtmeisters als „Assistenten“ und behandelt alle Krankheitsfälle von mehr als zweihundert Menschen innerhalb zwei Stunden. Medikamente werden nicht ausgegeben, dafür aber umso häufiger billige Trostorte wie „Halten Sie sich warm“, oder „nicht zu fett essen!“ Für schwere Bronchitis gibt es gelegentlich einmal eine

halbe Spalttablette als Heilmittel, niemals aber für offene Wunden eine Binde oder Watte. Auch eine Gewichtskontrolle, die selbst die Sowjets sich nicht versagen, hat in diesem Gefängnis der Pankower Herrscher zu keiner Zeit stattgefunden.

Der Schreckenbericht aus der Thälmannstraße in Weimar ließe sich beliebig verlängern. Es würde aber auch dann nur beweisen können, daß die Machthaber in

halbe Spalttablette als Heilmittel, niemals aber für offene Wunden eine Binde oder Watte. Auch eine Gewichtskontrolle, die selbst die Sowjets sich nicht versagen, hat in diesem Gefängnis der Pankower Herrscher zu keiner Zeit stattgefunden.

Der Schreckenbericht aus der Thälmannstraße in Weimar ließe sich beliebig verlängern. Es würde aber auch dann nur beweisen können, daß die Machthaber in

**Bismarck hat in seinen Memoiren geschrieben, wie ihn immer wieder der Gedanke an die Isolierung Deutschlands verfolgt hat. Die Isolierung hat das Deutsche Reich, als es die stärkste Militärmacht der Welt war, in den Krieg von 1914—1918 geführt, der es zum erstenmal von der stolzen Höhe, auf der es stand, heruntergeworfen hat. Und nun wir! Kann denn irgendeiner davon träumen, daß wir besetzt, entwaffnet, jederzeit in der wirtschaftlichen Hand unserer früheren Gegner, daß wir etwa in der Lage wären, allein für uns eine entscheidende Rolle in der europäischen oder in der Weltgeschichte zu spielen? Das ist geradezu sinnlos, das ist Torheit, und darum müssen wir, — und das wird auch das Ziel unserer künftigen Politik im Bundestag sein — sorgen, daß unser Deutschland Freunde bekommt, und zwar die Freunde der freien Welt. Das sind unsere Freunde, denn sie wollen wie wir das Erbgut unserer Väter retten gegenüber asiatischer Despotie!**

**Bundeskanzler Dr. Adenauer  
in der Westfalenhalle in Dortmund**

Pankow heute wie ehemals keinen Wert darauf legen, die ihnen anvertrauten Menschen menschenwürdig zu behandeln. Stärker noch als es die Sowjetunion selbst bisher vermochte, hat sich der sowjetzonale Satellitenstaat Moskau die Unfreiheit zum Ziel gesetzt und Sklaverei und Folterwesen eingeführt. Mit dieser Regierung kann es kein Verhandeln geben, ehe sie nicht bewiesen hat, daß sie die geringsten Forderungen der Menschlichkeit anzuerkennen bereit ist.

# Vertriebene und Flüchtlinge

## Wir wählten einen besseren Bundestag!

Die Wahl ist vorüber. Überrascht von diesem Ausgang ist nicht nur die sozialdemokratische Opposition, die ihre Rolle im Bundestag sozusagen künftig hauptberuflich weiterspielen wird. Überrascht war in der Nacht vom 6. zum 7. September auch die CDU selbst, die wohl mit einem Wahlsieg fest gerechnet hatte, nicht aber mit einem so gewaltigen Bekenntnis der überragenden Mehrheit unseres Volkes für die Partei Konrad Adenauers.

Insbesondere waren es auch die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, die ein eindeutiges Bekenntnis zur Innen- und Außenpolitik des Kanzlers ablegten. Der BHE, der sich wohl an diese Flüchtlingsgruppen gewandt hat, konnte gerade die Fünf-Prozent-Klausel überschreiten, um überhaupt im nächsten Bundestag vertreten zu sein. Die SPD aber hat wohl von den Flüchtlingsstimmen nur wenige bekommen, und ebenso wenige von den 3 Millionen Jungwählern. Der Bundeskanzler hat am Tag nach der Wahl den Vertriebenen für das Vertrauen gedankt, das sie seiner Politik entgegenbrachten und versprochen, dieses Vertrauen in der neuen Legislaturperiode nicht zu enttäuschen.

Ein weiteres hervorstechendes Merkmal des Wahlausganges ist die klare Absage an alle links- und rechtsradikalen Gruppen. Die „Gesamtdeutsche Volkspartei“ Dr. Gustav Heinemanns hat trotz ihres Wahlbündnisses (oder gerade deshalb!) mit Wirths „Bund der Deutschen“ eine vernichtende Niederlage erlitten und ist mit 1,2% aller Stimmen politisch kaltgestellt. Peinlich für die Neutralisten und ihre kommunistischen Freunde, nachdem man immer wieder in die Welt posaunt hatte, „mehr als 15 Millionen Westdeutscher haben sich durch die Unterschriftenaktion gegen die Adenauer-Regierung ausgesprochen“. Die Utopisten Heinemanns sind nunmehr durch die Realität aus ihren politischen Träumereien recht unsanft aufgeweckt worden.

Aber auch die anderen, die „einen besseren Bundestag“ forderten, sind nach dem 6. September aufgeschreckt; — so hatten sie sich den neuen Bundestag nun auch wieder nicht vorgestellt. Schließlich mußte der DGB doch zur Kenntnis nehmen, daß die neue CDU-Fraktion mehr Gewerkschaftler im Bundestag sitzen hat, als die SPD. Die ersten Verlautbarungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes erkannten dann auch den demokratischen und staatsbejahenden Charakter der Wahl an, während zur gleichen Zeit der sozialdemokratische Parteivorstand „schwere Bedenken gegen die autoritären Kräfte der CDU“ zum Ausdruck brachte. Zugegeben, die SPD befindet sich in keiner beneidenswerten Situation — aber eigentlich hatten wir erwartet, daß Erich Ollenhauer aus dem 6. September die Lehre gezogen hätte, durch seine Äußerungen der CDU nur den Dienst erwiesen zu haben, daß die Bevölkerung noch fester zum Bundeskanzler steht. Beginnt der SPD-Vorstand schon am Tage nach dieser Wahl mit der Wahlhilfe für die CDU im Jahre 1957?

Wer aber von uns die ersten Auswirkungen der Bundestagswahl im Osten erfahren will, der möge nur sein Radiogerät einmal auf Berlin-Ost oder Moskau (das ist schließlich dasselbe) stellen. Er wird dort zunächst ein „wirklichkeitsgetreues“ Bild des Wahltages vermittelt bekommen. Er wird erfahren, daß die westdeutsche Wählerschaft „unter Anwendung stärksten Polizeiterrors, unter Beaufsichtigung amerikanischer schwerbewaffneter Soldaten an die Wahlurnen getrieben und dort gezwungen wurde, Dr. Adenauer ihre Stimmen abzugeben“. „Zahlreiche CDU-Funktionäre mußten sogar ihre Stimme vielfach in verschiedenen Wahllokalen abgeben“, nur damit Max Reimann nicht zum Bundeskanzler gewählt würde. Die Wut Moskaus über den so überlegenen Wahlsieg des Kanzlers ist uns allen der beste Beweis, wie richtig das deutsche Volk gewählt hat und wie recht wir hatten,

als wir am 2. September an dieser Stelle schrieben: Dieser Wahltag wird ein Wahltag sein — zur Absage an den Bolschewismus, aber auch an jene Kräfte die durch marxistischen Sozialismus, durch neonazistische Ideen uns auf einen Weg führen wollen, den wir als falsch erkannt haben. —

Das Votum des deutschen Volkes hat der CDU, einer jungen Partei, die nicht einmal auf eine lange Tradition zurückblicken kann, das Vertrauen ausgesprochen, die nächsten Jahre die Politik Deutschlands zu bestimmen und vor allem — neben den großen sozialen Aufgaben — die Wiedervereinigung mit unseren 18 Millionen Brüdern und Schwestern in der Sowjetzone zu erreichen. Dieses Vertrauen verpflichtet! Verpflichtet aber uns alle, die wir Träger der Partei sind. Nichts wäre daher falscher, als zu meinen, man könne sich zunächst auf den Lorbeeren des Wahlsieges ausruhen, bis die nächste Wahl kommt. Es gilt im Gegenteil für uns alle, in dem Wahlvotum den Arbeitsauftrag zu sehen, der uns am 6. September erteilt wurde.

## CDU-Vertreter der Vertriebenen im neuen Bundestag

Dr. Herbert Czaja,	Baden-Württemberg	Sudetendeutsche
Dr. Hermann Götz,	Hessen	
Ernst Kuntzsch,	Niedersachsen	
Edmund Leukert,	Bayern (CSU)	
Hans Schütz,	Bayern (CSU)	
Graf von Spreti,	Bayern (CSU)	
Gerhard Wachter,	Bayern (CSU)	
Hermann Ehren,	Nordrhein-Westfalen	Aus Schlesien
Graf Dr. Henkel,	Bayern (CSU)	
Dr. Walter Rinke,	Bayern (CSU)	
Wilmar Sabaß,	Nordrhein-Westfalen	
Georg Schneider,	Hamburg	
Karl von Buchka,	Niedersachsen	Aus Ostpreußen
Gustav Gedat,	Baden-Württemberg	
Dr. Linus Kather,	Nordrhein-Westfalen	
Hermann Müller,	Bremen	
Walter Brookmann,	Schleswig-Holstein	Aus Pommern
Annemarie Ackermann,	Rheinland-Pfalz	Aus dem Südosten
Dr. Georg von Manteuffel,	Bayern (CSU)	Aus dem Baltikum
Dr. med. Moerschel,	Niedersachsen	Aus Danzig
Hildegard Bleyler,	Baden-Württemberg	
Anton Miller,	Ingolstadt (CSU)	als Vertreter der
Dr. Hermann Lindrath,	Mannheim	Sowjetzonenflüchtlinge

Im Bundestag befinden sich insgesamt 65 Heimatvertriebene und Flüchtlinge, das sind 13,4% aller Abgeordneten. Davon entfallen auf die CDU/CSU 23, auf den BHE 20, auf die SPD 15, auf die FDP 5, auf die DP 2 Abgeordnete.

## Ideologie ohne Ideologen

Die SED ist wieder einmal ärmer geworden — ihr Chefideologe Fred Oelßner hat diesmal daran glauben müssen, daß die von ihm maßgeblich vertretene Ideologie a priori für alle noch so wendigen Ideologen nur zu einer Schlußperspektive hinführt — in die Gefängniszelle und vor das Tribunal. Der Mann, der seit sechs Jahren als der Interpret aller Moskauer Ideologieschwenkungen galt, war ideologisch nicht wachsam genug, die letzte Schwenkung mitzumachen oder das Kräfteverhältnis Malenkow-Berija richtig zu durchschauen. Unter der Beschuldigung, Verbindung zu Zaisser-Herrnstadt gehabt zu haben, hat Ulbricht seinen Chefideologen verhaften lassen und selbst am Verhör Oelßners teilgenommen.

Am 19. September 1952 hatten wir Fred Oelßner im Gefolge der „Volkskammer-

delegation“ in Bonn gesehen. Nicht dem Sprecher der Fünfergruppe, Matern, wollte Ulbricht im Falle einer Verhandlung mit Vertretern des Bundestages die ideologische Leitung überlassen, sondern der Chefideologe der SED mußte als „Sekretär“ die „Delegation“ begleiten. Der LDP-Vorsitzende und Minister Dr. Hamann, der zu den Pankower Briefträgern gehörte, sitzt ebenfalls im Gefängnis, jetzt folgte ihm der oberste Ideologe, der nun die ideologische Schulung aller ihm vorausgegangenen Pankower Minister und Staatsfunktionäre übernehmen kann. Wenn Grotewohl und Ulbricht dann kommen, ist ihnen Oelßner schon wieder ein Stück voraus, wie er es bisher ja immer schon war.

Die SED aber sucht zur Zeit für ihre Ideologie einen neuen leitenden Ideologen. N. S. Sie hat keinen gefunden und Oelßner hat Chancen, wieder zu amtieren.

Dr. Dr. Hans Köhler:

## Kann ein Christ Neutralist sein?

Der Verfasser war Professor für systematische Theologie an der Leipziger Universität, jetzt Professor für systematische Theologie an der Philosophischen Fakultät der Freien Universität Berlin.

Das Wort „Neutralist“ gilt heute als eine politische Bezeichnung. Es bezeichnet einen Menschen, der sich aus allen welt-politischen Konflikten heraushalten will, und der diese Haltung für unser ganzes Volk wünscht. Er ist bereit, Ost und West ihre Konzeption zu belassen, aber er will an keiner der beiden politischen Formen teilnehmen. Er meint, daß er damit dem Frieden den besten Dienst erweisen kann, wenn er dazu beiträgt, daß Deutschland mitten zwischen den Streitenden eine nach beiden Seiten neutrale Haltung einnimmt.

Es gibt manchen Neutralisten, der diese seine Einstellung mit seinem christlichen Glauben begründet. Dann aber ist dies nicht mehr nur eine politische Frage, sondern es wird zu einem Problem unserer gesamten inneren Einstellung; denn der Glaube ist das Zentralste in uns. Das aber ist nun die Frage, die uns bewegt: Kann ein Christ Neutralist sein? Wir müssen diese Frage zuerst einmal aus der rein politischen Sphäre herausnehmen und sie von der Gesamtschau des Evangeliums her betrachten. Dabei dürfen wir nicht meinen, daß die Bibel ein Gesetzbuch wäre, das uns das Verhalten für jede einzelne Situation vorschreibt. Aber wir müssen auch erkennen, daß uns die Bibel ständig als verantwortliches Wesen anspricht. Es ist die Würde des Menschen, daß Gott ihm nicht ein unabänderliches Gesetz seines Lebens auferlegt, sondern daß Gott ihn in seiner Personalität geschaffen hat und trotz seiner Sünde erhält, daß Gott ihn in der Erlösung durch Jesus Christus gerade wieder in diese Verantwortlichkeit hineinruft.

Gott will, daß wir auf seinen Ruf antworten, daß wir ihm aus der Freiheit des Christenglaubens heraus in Gehorsam antworten sollen. Zugleich aber hat uns Gott in die Gemeinschaft der Menschen hineingestellt; er fordert von uns die Liebe zum Nächsten; damit fordert er aber auch, daß wir Antwort geben auf alle jene Fragen, die der Nächste, die die Welt uns stellt. Der Mensch ist nun einmal so geschaffen, daß er in der Verantwortlichkeit vor Gott und dem Nächsten in der Welt Stellung beziehen muß. Deshalb gibt es für einen Christen im Grunde genommen nie eine Neutralität.

Er kann und darf sich den Fragen nicht entziehen, die ihm gestellt sind. Die Gegensätze, die heute unsere Welt beherrschen, sind ja in Wirklichkeit auch keine rein politischen. Es sind Gegensätze, die das gesamte Leben der Menschen bestimmen. Es handelt sich nicht um vordergründige Fragen, sondern um solche Probleme, von denen für die Menschen unserer Zeit die Beantwortung der grundsätzlichen Lebensfragen abhängt.

Das, was sich in der Politik abspielt, ist nur die Oberfläche.

In der Tat, der Christ ist nicht gesetzlich an eine bestimmte Staatsform gebunden. Er hat die Freiheit zu fragen, welche in der gegenwärtigen Stunde die nach seinem Gewissen beste Möglichkeit bietet, Gottes Liebeswillen zu tun. Vor dieser konkreten Frage stehen wir heute.

Kann ein Christ neutral zusehen, wie seine Brüder — seien es Deutsche, Polen, Tschechen, Ungarn, Rumänen, Bulgaren oder Russen — ihrer elementarsten Menschenrechte beraubt werden? Kann ein Christ neutral bleiben, wenn Menschen allein ihrer Überzeugung wegen in Zuchthäuser und Zwangsarbeitslager geworfen werden, wenn Menschen in fortgesetzten Schulungen einem Gewissenszwang unterworfen werden, wenn Menschen Tag und Nacht in der Angst vor der Verhaftung leben, wenn einer dem anderen nicht mehr vertrauen kann, weil er nicht weiß, ob dieser andere unter Anwendung der unmenschlichsten Mittel zu Spitzeldiensten genötigt worden ist? Kann ein Christ zusehen, wenn arbeitende Menschen bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit und Gesundheit von einer Partei, die die Staatsmacht an sich gerissen hat, ausgebeutet werden? Kann ein Christ gegenüber einer verlogenen politischen Propaganda neutral sein, kann er gegenüber der unmenschlichen Brutalität eines politischen Machtapparates neutral sein?

Wir haben zwar als Christen gelernt, daß es vor Gott auf das Motiv unseres Handelns ankommt, daß Gott uns in das Herz sieht und daß nur der Mensch sieht, was vor Augen ist. Aber das bedeutet nicht die Aufforderung zur Blindheit gegenüber der Wirklichkeit der Welt. Wenn wir eindeutig sehen, daß gegen den Willen Gottes gehandelt wird, wenn wir

## Aus dem Land des Sozialismus

### „Christus hat niemals existiert“

Atheistische Ratschläge für Propagandisten

Möglichst schnell jede religiöse Gesinnung bei den Völkern auszumerzen, sei der Zweck seines jetzt in Moskau erschienen Buches „Ursprung und reaktionärer Gehalt des Christentums“, erklärte sein Verfasser, N. K. Amosow; denn diese reaktionäre Gesinnung verhindere den Aufbau der „kommunistischen Welt“ in Rußland und auch in den anderen Ländern. Der Verfasser gibt den atheistischen Propagandisten eine Reihe Ratschläge für Massenversammlungen der Arbeiter und Bauern, z. B., „daß Christus niemals existiert hat“, „daß das Christentum den Mächtigen und Reichen bei der Ausbeutung der Elenden und Armen hilft“, daß es „die Versklavung billigt“.

### Weiter unzureichende Versorgung in der Sowjetzone.

In den Zeitungen und den offiziellen Verlautbarungen der Zone wird immer wieder auf die Lieferungen aus der Sowjetunion hingewiesen, die, wie es heißt, völlig ausreichen, um die Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. In einer Veröffentlichung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung wird darauf hingewiesen, daß diese Importe bei weitem nicht ausreichen, um die Versorgungslage in der sowjetisch besetzten Zone auch nur einigermaßen zu normalisieren. An reinen Wollgeweben kommen auf den Kopf der Bevölkerung der Sowjetzone etwa 0,6 m; in der Bundesrepublik waren es 1952 rund 2,6 m, also über das Vierfache. Die zusätzliche Einfuhr von Fettkäse in Höhe von 1500 t — das sind

sehen, daß die Motive derer, die es tun, das Gegenteil von Gottes Willen sind, können wir dann neutral sein? War unser Herr gegenüber den Pharisäern neutral?

Ich gestehe gern unseren heutigen Neutralisten zu, daß sie das edle Motiv haben, den Frieden zu erhalten. Aber ist das überhaupt ein Friede, der in den Ländern des Terrorismus angestrebt und verwirklicht wird? Können wir in Frieden leben und dem Frieden dienen, wenn unsere Brüder unter der Unmenschlichkeit leiden? Wenn es je in unserer Geschichte eine Situation gab, die uns die Neutralität verbot, dann ist sie heute da.

Der Christ kann und darf gerade angesichts der entsetzlichen Not seiner Brüder nicht neutral bleiben. Bedeutet das eine Entscheidung für den Krieg? Das ist ja das, was uns die Gewalthaber der Terrorstaaten immer wieder einreden wollen. Kein Christ wird den Krieg wünschen oder auch nur anstreben. Aber wir dürfen uns nicht verwirren lassen durch solche durchsichtigen Drohungen. Je stärker das Lager des Rechts, um so geringer die Gefahr des Krieges, um so mehr Dienst für den Frieden. Ich behaupte nicht, daß die Lebensform des Westens einfach christlich sei. Aber sie bietet uns die Möglichkeit, unsere Bereitschaft zu sagen, und es gibt genug Menschen auch in den Regierungen, die bereit sind, sie zu hören. Laßt uns nicht „neutral“ beiseitestehen, sondern dem Frieden dienen, wo Aussicht auf Verwirklichung besteht!

(Mit freundl. Genehmigung des Verlages „Entscheidung“-Berlin)

ganze 85 Gramm pro Kopf der Bevölkerung — ist so gering, daß sie auf die Versorgung keinerlei Einfluß ausüben kann. Der Fleischimpf in Höhe von 25 000 t entspräche nach den westdeutschen Konsummaßstäben etwa dem Bedarf von zwei Wochen. Weitaus schlechter noch liegt die Versorgungslage bei Fetten. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der eingeführten Verbrauchsgüter geht der Zivilbevölkerung durch Reexporte, durch den Bedarf der Volkspolizei, der Besatzungsmacht, durch Einlagerung in die Staatsreserven und durch die bevorzugte Ausgabe an besonders Begünstigte verloren. Die Einfuhren an Lebensmitteln aus der Sowjetunion sind also bei weitem nicht ausreichend, eine Normalisierung des Lebensstandards zu bewirken.

### Priester sollen kommunistisch predigen

Die Behandlung aktueller Tagesfragen auf der Kanzel fordert die kommunistische Regierung Polens von den katholischen Geistlichen des Landes. Die „weltfremde Haltung“ des katholischen Klerus, die sich in den Predigten zeige, wurde in Warschau scharf kritisiert. Als neue fortschrittliche Predigtthemen wurden der Sechsjahresplan, Produktionsquoten, das Kollektiv und die neue kommunistische Literatur vorgeschlagen.

Bisher war „Kanzelmisbrauch“ eine der meistgebrauchten Beschuldigungen gegen die Geistlichkeit. Die Geheimpolizei wurde angewiesen, die Gottesdienste zu besuchen und die Priester festzustellen, die sich der neuen Anordnung widersetzen und weiterhin vorwiegend über übernatürliche Themen predigen.

## A I a Auswärtige Beziehungen

### Kanzler regt Wiederaufnahme des deutsch-französischen Gesprächs an

Bundeskanzler Dr. Adenauer hat am 16. September an den französischen Außenminister Bidault ein Schreiben gerichtet, in dem er die Wiederaufnahme des deutsch-französischen Gesprächs anregt. Der Brief wurde Bidault in Paris durch Ministerialdirektor Blankenhorn, den Leiter der politischen Abteilung im Auswärtigen Amt, überreicht. Wie verlautet, regt Dr. Adenauer darin an, das deutsch-französische Gespräch im Oktober, nach der Neubildung der Bundesregierung, wiederaufzunehmen. In dem Gespräch sollen alle Aspekte der deutsch-französischen Beziehungen behandelt werden.

19. September 1953

## A I d Europäische Verteidigung

### England fördert EVG

Großbritannien will sich bereiterklären, seine Beziehungen zu geplanten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft auf eine neue Grundlage zu stellen, um die deutsche Wiederbewaffnung zu beschleunigen, teilten amtliche britische Kreise am 14. September mit. Großbritannien hat die sechs Mitgliedstaaten der Verteidigungsgemeinschaft davon inoffiziell in Kenntnis gesetzt, daß es dem Ministerrat der Gemeinschaft beitreten und eine ständige Mission beim Hauptquartier der Europa-Armee einrichten will. Der Ministerrat hat die Aufgabe, die strategischen Pläne der EVG zu entwerfen und alle die europäische Sicherheit betreffenden Fragen zu behandeln. Die ständige britische Mission beim EVG-Hauptquartier soll die Verteidigung Großbritanniens mit der der sechs EVG-Staaten koordinieren. Großbritannien hatte bereits früher zugesagt, mit der Europa-Armee operativ und technisch zusammenzuarbeiten und auch die Ausbildung der Streitkräfte zu koordinieren. Es hatte sich jedoch bisher wegen seiner Commonwealth-Verpflichtungen stets geweigert, der Verteidigungsgemeinschaft beizutreten. Der angekündigte britische Schritt käme jedoch einem Beitritt zur EVG sehr nahe.

19. September 1953

## A I d Europäische Verteidigung

### EVG beseitigt Furcht vor Wiederbewaffnung

Bundeskanzler Dr. Adenauer hat am 15. September in einem Interview der Pariser Abendzeitung „France-Soir“ erklärt, die geplante EVG sei die beste Garantie dafür, daß Deutschland nur zu Verteidigungszwecken bewaffnet werde. Der Kanzler sagte, es sei ihm bekannt, daß ein Teil der öffentlichen Meinung Frankreichs befürchte, ein bewaffnetes Westdeutschland wieder zu vereinen. „Ich kann Ihnen versichern, daß wir nichts dergleichen tun werden, und diejenigen, die dies nach den bitteren Erfahrungen mit Deutschland in der Vergangenheit bezweifeln, möchte ich darauf hinweisen, daß die EVG die beste Garantie dafür ist, daß Deutschland wie die anderen Länder der Gemeinschaft nur auf die Verteidigung ausgerichtet wird.“

19. September 1953

## A III 1 c DP

### Deutsche Partei denkt nicht an Fusion

Von maßgebender Seite der Deutschen Partei wurden am 14. September in Bonn Kombinationen als völlig unsinnig bezeichnet, nach denen in der DP Tendenzen bestehen sollen, mit der CDU in gleicher Weise im Bundestag zu fusionieren, wie es die CSU tut. Darüber hinaus seien Vermutungen völlig abwegig, daß die DP auf das Verkehrsministerium in der neuen Bundesregierung verzichten müsse. Die DP werde unter allen Umständen darauf bestehen, daß das Verkehrsministerium wieder von ihrem zweiten Vorsitzenden Dr. Hans-Christoph Seebohm geleitet wird.

19. September 1953

## A V e Niedersachsen

### Niederdeutsche Union fordert Auflösung des Landtages

Der Vorstand der niedersächsischen Landtagsfraktion der DP/CDU (Niederdeutsche Union) beschloß am 15. September, der Fraktion zu empfehlen, im Einvernehmen mit der FDP einen Antrag auf Auflösung des niedersächsischen Landtages zu stellen. Der Antrag, der in der nächsten Sitzung des Landtags gestellt werden soll, wird damit begründet, daß das niedersächsische Landesparlament nicht mehr dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung entspreche. In der Mitteilung der Fraktion der Niederdeutschen Union über diesen Beschluß wird außerdem darauf hingewiesen, daß ein solcher Antrag hinfällig sein würde, wenn sich der BHE zum Ausscheiden aus dem Kabinettkopf und zum Eintritt in eine neue nichtsozialistische Regierung entschließen würde.

19. September 1953

## A III 1 g Bayernpartei

### BP fordert Lösung von den Sozialdemokraten

Die Bayernpartei sei grundsätzlich bereit, mit der CSU im bayerischen Landtag eine Fraktionsgemeinschaft einzugehen. Voraussetzung sei allerdings, daß die CSU ihre Koalition mit der SPD aufbeuge und der Ministerpräsident Dr. Hans Ehard aus dem Wahlergebnis die Konsequenzen ziehe, denn seine Politik der großen Koalition mit der SPD habe Schiffbruch erlitten. Dies wurde auf einer außerordentlichen Fraktionssitzung der Bayernpartei am 14. September in München erklärt. Die Bayernpartei-Fraktion, so wurde weiter betont, werde solange ihre Selbständigkeit als Oppositionspartei im Bayerischen Landtag behaupten, bis die Regierungskoalition zwischen CSU und SPD gelöst sei. Sollte es zu einer vorzeitigen Auflösung des Landtags kommen, werde die Bayernpartei gern bereit sein, gemeinsame Kandidaten mit der CSU für den nächsten Landtag aufzustellen, um der SPD die letzten Positionen im Lande zu entreißen (vergleiche Erklärung von Prälat Meixner im Informationsteil).

19. September 1953

## A III 1 d SPD

### Paul Löbe kritisiert SPD

Der frühere Reichstagspräsident und sozialdemokratische Politiker Paul Löbe schreibt in der SPD-Wochenzeitung „Berliner Stimme“ zum Ausgang der Bundestagswahl: „Der 6. September war nicht nur ein Tag des Triumphes für den Bundeskanzler Dr. Adenauer, er ist auch eine Enttäuschung für die sozialdemokratische Partei. Die Erklärung, wir haben keinen Anlaß, unsere Politik zu ändern, und machen weiter wie bisher, scheint etwas voreilig zu sein.“ Eine Selbstprüfung scheinbar notwendig zu sein, wenn die Niederlage wettgemacht werden solle. Löbe erinnerte daran, daß die deutsche Sozialdemokratie „in ihrer Geschichte mehr als einmal solche Schlappen überwunden hat.“

19. September 1953

## A IV 6 i Gewerkschaften

### Reformvorschläge der christlichen Arbeitnehmerschaft

Die vom Hauptvorstand der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft für die Auseinandersetzung mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund autorisierten Persönlichkeiten führten am 16. September in Köln mit den Vorständen der katholischen und evangelischen Arbeitervereine und anderen christlich-sozialen Vereinigungen abschließende Verhandlungen über die Formulierung der Voraussetzungen für die Sicherung weltanschaulicher Toleranz und parteipolitischer Neutralität der Gewerkschaften.

Die Niederschrift der Reformvorschläge wurde am 17. September dem 1. Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Walter Freitag, überreicht. Das Schreiben trägt die Unterschriften von Jakob Kaiser, Karl Arnold, Johannes Albers, Josef Gockeln, Dr. Hermann-Josef Schmitt, Johannes Even, Heinrich Voss und Hubert Jipp.

Anderslautende Nachrichten entsprechen nicht den Tatsachen.

19. September 1953

## A III 2 Außerparlamentarische Parteien

### Heinemann löst sich wieder von Wirth

Bundesinnenminister a. D. Dr. Heinemann hat am 14. September erklärt, das Präsidium der Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP) habe sich nach erster Prüfung des Wahlergebnisses vom 6. September zur Fortsetzung der Parteiarbeit entschlossen. Das Abkommen mit dem „Bund der Deutschen“ sei seit dem Wahltag erledigt. Die Bundesgeschäftsstelle in Bonn werde aufgelöst, doch werde das Parteiorgan „Gesamtdeutsche Rundschau“ weiter erscheinen. Der Bundesvorstand werde Mitte Oktober die neuen Richtlinien für die politische Arbeit beschließen. Dr. Heinemann vertrat die Ansicht, daß die in der Partei vereinten Kräfte zusammenbleiben müßten, bis ein neuer Einsatz geboten erscheine.

Der Zweite Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Bundestagsabgeordneter Mellies, erklärte zu der Meldung, die Gesamtdeutsche Volkspartei suche Kontakt mit der Sozialdemokratischen Partei, er habe Dr. Heinemann seit Jahren nicht gesehen und auch nicht gesprochen. Auch mit irgendeinem anderen Mitglied der Gesamtdeutschen Volkspartei habe er seit über einem Jahr nicht gesprochen.

19. September 1953

## A V f Nordrhein-Westfalen

### Verwaltungsreform in NRW wird fortgesetzt

Das Kabinett des Landes Nordrhein-Westfalen hat am 15. September beschlossen, das Sozialministerium, das Arbeitsministerium und das Ministerium für Wiederaufbau mit Wirkung vom 1. Oktober zu einem „Ministerium für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau“ zu verschmelzen. Wie Ministerpräsident Karl Arnold am 16. September vor der Presse mitteilte, hat er Arbeitsminister Johann Ernst (CDU) und Sozialminister Dr. Josef Weber (Zentrum) zum 1. Oktober von ihren Ämtern entbunden und den bisherigen Wiederaufbauminister, Dr. Otto Schmidt (CDU), zum Minister für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau ernannt.

Die Zahl der Ministerien ist damit in Nordrhein-Westfalen von zehn auf acht herabgesetzt worden. Es ist der erste große Schritt zur Verwaltungsreform, die von Ministerpräsident Arnold im vergangenen Jahr angekündigt worden war. Mit der nach dem 1. Oktober vorgesehenen Bildung der Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen soll ein Teil der Aufgaben der Ministerien für Soziales, Wirtschaft, Kultur und Landwirtschaft auf diese kommunalen Körperschaften übergehen.

In den Ministerien soll nicht mehr verwaltet, sondern nur noch regiert werden. Die Geschäfte der Landschaftsverbände werden vorläufig von dem bisherigen Sozialminister, Dr. Weber, wahrgenommen. Die beiden Provinzialverbände erhalten Versammlungen, die nach der Stärke der Parteien bei den letzten Kommunalwahlen zusammengesetzt sein werden. Die Versammlung bestimmt den Sitz des Verbandes und den Chef der Verwaltung (Landschaftsverbandsdirektor).

19. September 1953

## A IV 7 a Allgemeines

### Bilanz der Deutschenaustreibung

Ein Sechstel der deutschen Gesamtbevölkerung ostwärts von Oder und Neisse, 1,6 von 10,1 Millionen, ist bei der großen Deutschenaustreibung umgekommen. Dies geht aus den beiden ersten Bänden einer wissenschaftlichen Dokumentation dieses furchtbaren Geschehens hervor, welche Bundesvertriebenenminister Dr. Lukaschek am 16. September der Presse vorlegte. In diesen Bänden wird auf 1500 Seiten das Schicksal der deutschen Bevölkerung aus den genannten Gebieten geschildert. Weitere Bände der Dokumentation befinden sich noch in Arbeit. Sie sollen die Geschichte der Austreibungen aus dem südosteuropäischen und dem sudetendeutschen Raum beschreiben. Ein abschließender Ergebnisband wird alles zusammenfassen, was vom historischen und politischen Gesichtspunkt aus zu diesem Thema zu sagen ist. Mit der Arbeit ist eine wissenschaftliche Kommission betraut, die unter Leitung von Prof. Schieder (Köln) steht und zu der unter anderen Prof. Rothfels (Tübingen), Prof. Laun (Hamburg) und der Direktor des Bundesarchivs, Diestelkamp, gehören.

Dr. Lukaschek betonte, die Ziele dieser Arbeit seien rein wissenschaftlicher Art. Man habe bewußt auf jegliche Tendenz oder Propagandawirkung verzichtet. Nach sorgfältiger Prüfung unter den Gesichtspunkten der historischen Wissenschaft seien bisher aus etwa 4 000 Dokumenten 322 ausgewählt und abgedruckt worden.

19. September 1953

## A II b Bundestagswahlen

### SPD hat ein Bundestagsmandat mehr

Die SPD hat in Nordrhein-Westfalen auf Kosten des Zentrums einen Sitz im Bundestag mehr bekommen. Wie der Landeswahlleiter von Nordrhein-Westfalen am 16. September mitteilte, entsendet die SPD in Nordrhein-Westfalen 47 Abgeordnete (statt bisher 46) in den Bundestag, während dem Zentrum nach den endgültigen Feststellungen zwei Sitze statt bisher drei zustehen. Der bei der SPD auf der Landesliste hinzukommende Bundestagsabgeordnete ist der Parteisekretär Johann Heide. Bei der Zentrumsparterie gilt Josef Rösing als nicht gewählt. Wie der Landeswahlleiter weiter mitteilte, haben die endgültigen Feststellungen ergeben, daß in den Schnellmeldungen 10 265 Zweitstimmen zu wenig gezählt waren. Nach den endgültigen Feststellungen erhalten die CDU 3 755 und die SPD 4 478 Stimmen mehr, während für das Zentrum 264 Zweitstimmen weniger abgegeben sind als ursprünglich angegeben worden war. An der absoluten Mehrheit der CDU im Bundestag mit 244 von insgesamt 487 Mandaten ändert sich durch diese Verschiebung nichts. Die Sozialdemokraten haben nunmehr 151 Abgeordnete im Bundestag.

19. September 1953

## A IV 1 a Allgemeines

### Sozialpolitische Vorschläge der KAB

Das Familienwerk der Katholischen Arbeiterbewegung hat der Bundesregierung eine Liste von Forderungen für eine soziale Familienpolitik unterbreitet. Wie der Aktionsausschuß des KAB-Familienwerks in Dortmund am 15. September bekanntgab, wurde diese Liste an Bundeskanzler Dr. Adenauer, an die Bundesminister Erhard und an den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Arnold geleitet. In der Entschließung setzt sich das Familienwerk für die Verwirklichung der seit langem geplanten Familienausgleichskassen ein. Bei der Großen Steuerreform müsse die steuerliche Benachteiligung der Hausfrau und Mutter gegenüber den berufstätigen Frauen fortfallen. Auch sollten die Verbrauchssteuern abgebaut werden, weil besonders die kinderreichen Familien dadurch schwer belastet würden. Ferner empfiehlt das Familienwerk, daß Kindergeld und Kinderzulagen nicht mehr als steuerpflichtiges Einkommen angesehen werden. Sie sollten bei der Berechnung der Lohn- und Einkommensteuer sowie der Sozialversicherungsbeiträge unberücksichtigt bleiben. Schließlich schlägt das Familienwerk eine fünfprozentige Fahrpreismäßigung für Familienfahrten bei der Bundesbahn vor.

19. September 1953

## A V g Baden-Württemberg

### Stuttgarter Verhandlungen vorläufig abgebrochen

Die als erste Fühlungnahme bezeichneten Verhandlungen der Regierungsparteien in Baden-Württemberg (SPD, FDP, BHE) mit der CDU-Opposition zur Regierungsneubildung sind am Nachmittag des 16. September nach dreistündiger Verhandlungsdauer abgebrochen worden, nachdem die Regierungsparteien die Forderung der CDU auf sofortigen Rücktritt des gesamten Kabinetts Dr. Maier abgelehnt hatten. Die CDU hat eine Sitzung ihrer Landtagsfraktion anberaumt, in der sie beschließen wird, ob sie unter den von den Koalitionsparteien zugestandenen Bedingungen weiter verhandeln wird. Im Anschluß an diese Fraktionssitzung sollen die Verhandlungspartner wieder zusammenkommen.

19. September 1953

## C b CSU

### Vorstandswahl in der CSU-Landesgruppe

Auf ihrer konstituierenden Sitzung bestätigte die CSU-Landesgruppe im Bundestag am 15. September den bisherigen Vorsitzenden Franz Josef Strauss in seinem Amt als Vorsitzenden. Ferner billigte die 52 Abgeordnete umfassende CSU-Landesgruppe die Erklärung ihres Vorsitzenden Franz-Josef Strauss vor der CDU-Bundestagsfraktion, mit der CDU auch im neuen Bundestag eine Fraktionsgemeinschaft einzugehen. Die CSU-Landesgruppe wählte außerdem zum zweiten Vorsitzenden Dr. Richard Jäger und zum parlamentarischen Sekretär den Abgeordneten Richard Stücklen.

19. September 1953

## Die Arbeit der Lastenausgleichsbank

### Das Institut berichtet über das Geschäftsjahr 1952

Geschäftsbericht und Bilanz der Lastenausgleichsbank für das Geschäftsjahr 1952 lassen einige wesentliche Gesichtspunkte hervortreten, deren Erkenntnis erst das rechte Verständnis für die Tätigkeit dieses Instituts vermittelt. Voran steht dabei der organisatorische Umformungsprozeß im Berichtsjahr. Die Bank war zunächst als „Vertriebenenbank“ ins Geschäftslieben getreten. Im Hinblick auf den bevorstehenden Lastenausgleich wurde dann am 29. 4. 1952 Namen und Satzung der Bank geändert und sie zur „Bank für Vertriebene und Geschädigte“. Zugleich wurde sie durch Arbeitsaufträge des damaligen Hauptamtes für Soforthilfe in die Abwicklung des Lastenausgleichs einbezogen. Das spätere Lastenausgleichsgesetz schuf dann die endgültige rechtliche Grundlage. Jedenfalls erklärt die Einbeziehung der Bank in die Abwicklung des Lastenausgleichs die Erhöhung der Bilanzsumme von zuvor 450 Mill. DM auf rund 760 Mill. DM im Berichtszeitraum.

Das zweite hervorstechendste Merkmal bildet die Eigenschaft der Bank als Refinanzierungsinstitut. Sie bedient sich bei der Abwicklung von Kreditgeschäften also vorgeschalteter Institute (Hausbanken). Die Refinanzierungstätigkeit äußerte sich dabei vornehmlich im Durchhalten der für die Vertriebenen-Wirtschaft vorgesehenen ERP-Kredite. Hierfür standen im Jahre 1952 ca. 32 Mill. DM hauptsächlich für die mittlere Industrie zur Verfügung. Außerdem waren 2 Mill. DM für die Vertriebenen-Wirtschaft in Berlin, und zwar für den kleineren Kreditbedarf bestimmt. Weiterhin wurden aus dem Mittelstandsprogramm der Bundesregierung 7 Mill. DM für die Vertriebenen-Wirtschaft abgezweigt, und zwar hiervon 3 Mill. DM für das Handwerk, 2,5 Mill. DM für die Exportwirtschaft, 500 000 DM für das Fremdenverkehrsgewerbe und 1 Mill. DM für den mittelständischen Handel. Weitere 4 Mill. DM dienten der Flüchtlingssiedlung. Ferner wurde mit Hilfe von 3 Mill. DM die „Treuhänderei der Vertriebenen mbH.“ ins Leben gerufen. Damit schließt sich der Kreis der vor allem zu Investitionszwecken bestimmten Kredite aus ERP-Mitteln.

Die ERP-Kredite waren in Folge des Zinssatzes (zumeist 3%) und der Laufzeit (bis zu 17 Jahren) sehr gefragt. Der Bedarf an derartigen Mitteln ist auch beachtlich. Sie ersetzen dem Vertriebenen-Unternehmer das Eigenkapital. Der deutschen Wirtschaft sind bisher über 3 Milliarden DM aus ERP-Mitteln zugeflossen. Hiervon hat die Vertriebenen-Wirtschaft wenig mehr als 100 Mill. DM erhalten. Die sich auf ERP-Kredite, also auf die Refinanzierungstätigkeit beziehenden Bilanzposten machen deshalb auch nur den kleineren Teil der Bilanzsumme aus.

In diesen Zusammenhang gehört auch ein Hinweis aus die Betriebsmittelaktion der Bank, wengleich auch diese Mittel aus dem Lastenausgleich stammen. Es handelt sich um 25 Mill. DM mit einer Laufzeit bis zu 5 Jahren zu 7,5%. Mit Hilfe eines zusätzlichen Bürgschaftsvolumens war es jedenfalls der Bank möglich, bedeutende Betriebsmittel mit und ohne Refinanzierung zum Fließen zu

bringen. Es sei mit der Bemerkung geschlossen, daß diese Kreditmaßnahme den Bedarf noch keineswegs decken konnte. Es fehlen vor allem griffsbereite, kurzfristige Mittel z. B. für die Auftragsfinanzierung.

Es war zuvor erwähnt, daß die Bank nicht mit dem letzten Kreditnehmer verkehrt, sondern sich vorgeschalteter Institute bedient. Die landläufige Bezeichnung als „Vertriebenenbank“ erweckt so Vorstellungen, die die Praxis dann nicht rechtfertigt. Es sprechen jedoch gewichtige Gründe gegen ein Filialsystem, wie es immer wieder gefordert wurde. Obenan steht dabei, daß die Bank keine der üblichen Bankkredite vergibt, daß sie vielmehr in Anbetracht des Eigenkapitalmangels der Kreditnehmer mit einem höheren Risiko rechnen muß, das der Verteilung bedarf. Dieser Notwendigkeit ist durch das Hausbankensystem Rechnung getragen. Es besteht allerdings die Besorgnis, daß die Bank als Anstalt des öffentlichen Rechts künftig den Kontakt zu den Vertriebenen weiterhin verliert. Es wäre daher gut, wenn sie sich um die Pflege von public relations bemühen würde.

In der Tätigkeit der Bank als „Treuhänderei“ für den Soforthilfe- und jetzt den Lastenausgleichsfonds kommt ein weiterer Charakterzug der Bank zum Ausdruck. In dieser Hinsicht tritt sie kaum in Erscheinung. Dieser Umstand gibt zu großem Bedauern Anlaß. Aus diesem Grunde nämlich hat man es mit einem manchmal fast endlosen Kreditbewilligungsverfahren zu tun, an dessen Ende dann oft noch die Ablehnung steht.

Im einzelnen hat man es zunächst mit den Aufbaumitteln für die gewerbliche Wirtschaft und die freien Berufe zu tun. Sie wurden unter dem Geltungsbereich des Soforthilfegesetzes im Einzelfalle bis zu 12 000,— DM seit Inkrafttreten des LAG bis zu 35 000,— DM vergeben. Sie bilden die Kreditquelle vor allem des Handels, Handwerks und der kleineren Industrie. Da diese Kredite aber bei Vorliegen eines Hauptentschädigungs-

anspruches später Eigenkapital werden sollen, sind sie für alle betrieblichen Größenordnungen von Bedeutung. Diese Finanzierungsart kommt überdies dem Gedanken einer Vermögensrestitution am nächsten und bedarf ihrer die Eigentumbildung fördernden Tendenz der Ausweitung. Der tatsächlich gewährte Durchschnittsbetrag liegt im Einzelfalle bei 3 700,— DM. Er trägt damit die Merkmale einer auf Streuung bedachten Kreditpolitik, von der man jetzt jedoch abzugehen beginnt. Die Bank hofft jedenfalls, den Durchschnittsbetrag künftig verdoppeln und 50 000 neue Anträge befriedigen zu können. Der Zinssatz beträgt 3% bei einer Laufzeit von 10 Jahren.

Dagegen hat die Kreditaktion zur Schaffung von Arbeitsplätzen aus Lastenausgleichsmitteln in Vertriebenenkreisen keine beifällige Aufnahme gefunden. Der Zweckentfremdung dieser Mittel ist auch allzu deutlich. Es wird daher notwendig sein, diese Aktion zu Gunsten der Aufbaumittel zu schmälern.

Besonders problematischer Art sind die Aufbaumittel in Höhe von DM 240 Mio. für die Landwirtschaft. Sie haben nicht den Erfolg gezeitigt, den man erwartet hatte. Das liegt aber in den besonderen Verhältnissen der Landwirtschaft begründet.

Refinanzierungs- und Treuhändertätigkeit insgesamt erklären alsdann die Tatsache, daß der eigentliche Umsatz gemessen an der Bilanzsumme von DM 760 Mio. verhältnismäßig niedrig ist. Der eigentliche Umsatz macht nur DM 2 835 Mio. aus. Hierzu bemerkt der Geschäftsbericht, daß die Geschäftstätigkeit der einzelnen Kreditnehmer ihren Niederschlag in den Umsatzziffern der Hausbanken findet.

Ein Blick in die Gewinn- und Verlustrechnung macht nochmals die zuvor erwähnte Risikobelastung der Bank deutlich. Es fallen nämlich die verstärkten Posten für „Rückstellungen“ und „Wertberichtigung“ auf. Ein Gewinn ist deshalb nicht ausgewiesen. Dabei sei noch bemerkt, daß die Verpflichtung der Bank aus Bürgschaftsleistungen sich im Berichtsjahr auf nur 300 000,— DM beläuft. Das Ergebnis spricht trotzdem für die Güte der Vertriebenen-Unternehmen. Ihre besondere Sorge galt der ideozeitigen Liquidität. Es obliegt ihr auch die Sorge für die Vorfinanzierung des Lastenausgleichs.

## Bedingungen der Lastenausgleichsanleihe

Nachdem das Bundeskabinett einer baldigen Auflage der ersten Lastenausgleichsanleihe zugestimmt hatte, sind die ersten Verhandlungen über die Bedingungen der Anleihe zwischen dem Bundesfinanzministerium, der Bank Deutscher Länder, der Lastenausgleichsbank und dem Bundesausgleichsamt unverzüglich aufgenommen worden. Vor dem Bekanntwerden des Kabinettsbeschlusses über die Anleihe hatte sich die Bank Deutscher Länder gegen eine baldige Auflegung der Anleihe ausgesprochen, weil sie den Kapitalmarkt belasten würde. Für die einheimischen Bank- und Wirtschaftskreise bedeutet, runderhand gesagt, die Anleihe also eine Konkurrenz für die im Dezember geplante Bundesanleihe. Bei den Verhandlungen über die Lastenausgleichsanleihe sollten jedoch so viel Vernunft und Einsicht walten, daß man die Notwendigkeit dieser wichtigen Finanzierungsmaßnahme für die

Eingliederung der Vertriebenen einsieht, denn sie dient ebenso dem volkswirtschaftlichen Interesse der Bundesrepublik als Impulsgeber wie jede andere Anleihe. Die Lastenausgleichsbank strebt bei den Verhandlungen über die Anleihebedingungen einen Zinssatz von 5%, Steuerbefreiung, einen Emissionskurs von 98½ v. H. und eine Laufzeit von vier Jahren an. Vom Standpunkt des Bundesausgleichsamtes ist eine langfristige Anleihe vielleicht sogar über fünf Jahre gewünscht, ebenso auch ein niedrigerer Zinssatz. Entscheidend für die Anleihe wird jedoch der Interessenausgleich zwischen der Lastenausgleichsbank und der Bank Deutscher Länder sein. Der Kapitalmarkt ist gegenwärtig aufnahmefähig genug, um einen guten Zeichnungserfolg für die Lastenausgleichsanleihe voraussagen zu können.

# Niemals war die Gefahr größer!

Der frühere russische Ministerpräsident Kerenski äußerte sich kürzlich zur Lage in längeren Ausführungen, aus denen wir nachstehende Gedanken wiedergeben, ohne uns in allem mit ihm zu identifizieren:

„Studiert man die Sowjetpresse genau, dann sieht man, daß die Politik der Zersplitterung und Zerreißen des Westens noch zu keiner Zeit konsequenter betrieben worden ist als jetzt. Alle ‚Schulung‘ läuft darauf hinaus, den Blick für die Auffindung von Gegensätzen in der ‚kapitalistischen Welt‘, wie sie die Kommunisten nennen, zu schärfen. Es soll verhindert werden, daß dem kommunistischen Machtblock ein ebenfalls einheitlicher kapitalistischer Block gegenübertritt. Weil dadurch der weiteren Ausbreitung der kommunistischen Macht ein Riegel vorgeschoben sein würde, der Kommunismus aber als eine von Geburt und Natur aus internationale und internationalistische Erscheinung auf die Weltrevolution und die Weltherschaft nicht verzichten kann, ist der Krenl zur Verhinderung eines ‚kapitalistischen Machtblocks‘ auch zu vorübergehenden Opfern bereit, unter Umständen für Jahre, aber nicht für eine unabsehbare Zeit, geschweige gar für immer. Die politischen Strategen und Taktiker des Kremls wissen, daß mitunter der Umweg der kürzeste und sicherste ist.

In der kommunistischen Führung herrscht ein ständiger Streit darüber, ob man Europa direkt angreifen oder den Weg über Asien gehen soll. Die asiatisch-fernöstliche Variante, die Lenin seinen weltrevolutionären Plänen einmal gab, hat daran nichts geändert. Bald richtet sich der Vorstoß nach Asien, bald nach Europa, und es herrscht das Bestreben, sich im Rücken jeweils Ruhe zu sichern. Verwickelt man sich in Asien, stellt man die europäischen Dinge zurück und umgekehrt.

Die Grundidee des Koreakrieges war für die Kommunisten, den konstruktiven Marshall-Plan in einen destruktiven Rüstungsplan umzuwandeln. Das ist erreicht. Die Rüstungsindustrie läuft auf hohen Touren, vermindert das Tempo bei der Verallgemeinerung und weiteren Erhöhung des sozialen Lebensstande im Westen, gibt eine willkommene Gelegenheit zur Rechtfertigung der kommunistischen Ausrüstung und schafft neue Gegensätze innerhalb der privatwirtschaftlich orientierten westlichen Welt.“

Es ist wahrscheinlich, argumentiert Kerenski, daß der Krenl noch eine ganze Reihe weiterer Konzessionen machen wird. Der Zeitpunkt dafür erscheint ihm angesichts der neuen englischen Haltung, ferner im Hinblick auf die Lage in Frankreich, insbesondere wegen der französischen Sorge vor einer deutschen Militärdominanz. „Was Deutschland anlangt, so werde ich nicht überrascht sein, wenn der Krenl die Forderungen des Bundestags erfüllt. Ich bin davon sogar überzeugt. Man wird freie Wahlen zulassen und dabei alles tun, um einer gesamtdeutschen Regierung in den Sattel zu verhelfen, die den deutsch-amerikanischen Kontakt lockert. Man wird auch damit einverstanden sein, daß Amerika eine militärische Garantie für die Unantastbarkeit Deutschlands übernimmt, ja man wird, wahrscheinlich unter der Voraussetzung, daß die Amerikaner nicht gleichzeitig Streitkräfte in Europa stationieren, sogar die schon einmal verheißene deutsche Nationalarmee vorschlagen. Man wird sich dabei nicht nur

des geschichtlichen Vorgangs von Tauroggen, sondern auch der Verbindung erinnern, die nach dem Ersten Weltkrieg zwischen der deutschen Wehrmacht — es war die ‚Reichswehr‘ — und der ‚Roten Armee‘ bestanden hat. Für die Herstellung einer solchen Verbindung wird man von Moskau aus im gegebenen Falle alles tun, und wenn sie trotzdem nicht zustandekommt, wird man behaupten, daß sie bestehe. Denn nichts wäre geeigneter, den deutsch-amerikanischen Kontakt aufs äusserste zu gefährden. Gegenseitiges Mißtrauen zu säen, ist die von der kommunistischen Zentrale in Moskau mit teuflischer Technik beherrschte Kunst.“

„Worauf es dem Krenl bei alledem entscheidend ankommt, das ist seine ‚Amigo-home-Politik‘, nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich und politisch gemeint. Man will die Voraussetzung dafür zerschlagen, daß Dollars nach Deutschland fließen. Die deutsche Industrie soll in einem Deutschland, das auf Grund der zugelassenen freien Wahlen mit einer gewissenmaßen souveränen Regierung zustande gebracht werden kann, zum Niederbruch verurteilt werden. Dann tritt nach kommunistischer Rechnung Not in die Erscheinung, und es ebnet sich der Boden für die kommunistische Infiltration. Inzwischen sollen die jetzt bis zum Abschluß gediehenen Einigungsbestrebungen des Westens zu einer nur noch schönen Erinnerung für die westlichen Menschen geworden sein. Deutschland soll isoliert und die kommunistische Macht nach entsprechenden Wirtschaftskrisen bis an Rhein und Ruhr ausgedehnt werden. Man wird bereit sein, vorübergehend die politische Freiheit zu geben, um die soziale Sicherheit per Ausfall der amerikanischen Dollarhilfe zu nehmen. Denn man weiß, daß die Massen des 20. Jahrhunderts vor der Alternative zwischen Freiheit und Sicherheit auf die Existenzgewißheit schwören. Am bitteren Ende, schon in absehbarer Zeit, wird man dann auch die poli-

tische Freiheit zurücknehmen, ohne die wirtschaftliche und soziale Sicherheit zurückzugeben.

Damit die westliche Einwendung widerlegt wird, der Sowjetkommunismus bleibe ja trotz aller Angebote dem Westen militärisch überlegen, falls der Westen sich nicht eng zusammenschließe, wird Moskau auch das Angebot einer allgemeinen Abrüstung machen. Ich habe für alles das, was ich hier sage, die für solche Äußerungen unentbehrlichen Anhaltspunkte. Kommt es zu einer Abrüstung, so rechnet man in Moskau, dann führt die Umstellung

## An alle Freibezieher!

**Wir bitten alle Freibezieher, deren wirtschaftliche Lage sich inzwischen verbessert hat, nunmehr unseren Informationsdienst im Abonnement zu beziehen, damit wir neuen Flüchtlingen die Freixemplare zustellen können.**

der ‚kapitalistischen Wirtschaft‘, vor allem in den USA, zu krisenhaften Erscheinungen, während die totalitäre Sowjetunion diese Umstellung gefahrlos durchführen kann. Dort vermag keine Erwerbslosigkeit mit den im Westen damit verbundenen Folgen zu entstehen. Dort ist man kraft seiner Terrormethoden vor sozialen Unruhen sicher, auch vor Streiks. Dort ist außerdem die Kontrolle, ob und in welchem Maße wirklich abgerüstet wird, sehr erschwert, wenn nicht unmöglich, während im Westen die Sperlinge von den Dächern pfeifen, was im Lande geschieht.

Selbstverständlich muß jede Erleichterung, die den Menschen in der deutschen Sowjetzone jetzt zuteil wird, wenn auch mit bösen Hintergedanken der kommunistischen Machthaber, um der Menschen willen begrüßt werden. Aber nicht alles zu tun, um rechtzeitig — geschichtlich gesehen, in letzter Minute — vorbeugend zu verhindern, daß die Dinge ausgehen, wie sie kommunistisch vorgeplant sind, darin würde ich die Übernahme einer unsühnbaren Schuld auf der Seite der Verantwortlichen sehen.“

## Deutscher Konfirmandenunterricht in Ostpreußen

In der ostpreußischen Stadt Bartenstein und ihrer Umgebung wohnt gegenwärtig noch eine größere Anzahl von Deutschen, welchen von polnischer Seite die Ausreise zu ihren Angehörigen in Mittel- und Westdeutschland verweigert wurde. Diese Deutschen leiden, wie aus einem soeben in Berlin eingetroffenen Briefe hervorgeht, nicht nur materielle Not, sondern sie tragen besonders schwer an der seelischen Vereinsamung, in die sie inmitten der polnischen Zuwanderer gestossen sind. Sie bemühen sich daher um die Aufrechterhaltung eines kirchlichen Lebens aus eigenen Kräften. So wurde für die jugendlichen Deutschen, die bisher noch nicht eingeseget werden konnten — es befanden sich auch ältere Jahrgänge darunter — ein dreimonatiger Religionsunterricht eingerichtet. Am 1. Pfingstfeiertag konnten so 50 deutsche Jungen und Mädchen konfirmiert werden.

Im übrigen schildert der Briefschreiber die gegenwärtigen Verhältnisse in Bartenstein, dessen Einwohnerschaft gegenüber der Vorkriegszeit nur einen Bruchteil ausmacht. Die Folge ist, daß viele Wohnhäuser seit Jahren leer stehen. Nachdem sie zum großen Teil ausgeplündert wur-

den, fallen sie nunmehr der Spitzhacke zum Opfer. Die Abbrucharbeiten sind gegenwärtig noch im vollen Gange.

## Australien nimmt Sowjetzonenflüchtlinge auf

Nach Mitteilung des Zwischenstaatlichen Komitees für europäische Auswanderung (ICEM) hat sich die australische Regierung bereit erklärt, im neuen Rechnungsjahr 1953/54 15 000 Sowjetzonenflüchtlinge als Einwanderer aufzunehmen. Im Rahmen dieses neuen australischen Einwanderungsprogramms wird die erste Quote von 1000 deutschen Auswanderern Mitte September durch die ICEM nach Australien transportiert werden.

Für die Erteilung der Visen an Flüchtlinge aus der Sowjetzone räumt die australische Regierung die gleichen Rechte ein, wie für andere europäische Einwanderer. Vornehmlich legt Australien Wert auf landwirtschaftliche Arbeitskräfte, denen gewisse Vorrechte für die Einwanderung erteilt werden. Wie der australische Delegierte bei der ICEM betont, gelten für die deutschen Einwanderer die gleichen sozialen Schutzmaßnahmen, wie für die einheimischen Australier.

# Kurswechsel findet nicht statt

Von Dr. Otto Lenz, Staatssekretär des Bundeskanzleramtes

Die neue Regierung der Bundesrepublik ist eine Regierung Adenauer. In den ersten Oktobertagen wird sie ihre Arbeit beginnen, denn erst dann tritt der neu gewählte Bundestag zusammen, der den Regierungschef wählen muß. Doch die in der parlamentarischen Geschichte Deutschlands noch nicht dagewesene Entscheidung vom 6. September, die der Partei des Kanzlers die absolute Mehrheit verschaffte, läßt nur eine Lösung zu: Der 77-jährige Bundeskanzler Dr. Adenauer, der seit 1949 die deutsche Politik verantwortlich geführt hat, wird auch für die nächsten vier Jahre der deutsche Staatsmann sein, der die Bundesrepublik in der Welt vertritt. Für die neue Regierung Adenauer, die gewiß einige Veränderungen in der Kabinettsliste bringen wird, ergibt sich daraus ein Regierungsprogramm mit sehr klaren Umrissen. Das Ausland kann schon jetzt von einem überzeugt sein: Ein Kurswechsel der bisherigen politischen Linie findet nicht statt.

Bisher mochten einige Kreise in diesen und jenen Teilen des Auslandes noch vermuten, Adenauer stütze sich bei seiner konsequenten Politik der europäischen Integration vielleicht nicht mehr auf eine Volksmehrheit. Eine wirkliche, aufgebaute Propaganda des Neutralismus hatte bisweilen ausländischen Skeptikern die Vermutung aufgedrängt, im deutschen Volk sei der Wunsch nach einer politischen Balance zwischen Ost und West stark vorhanden. Gerade in dieser Beziehung hat die deutsche Bevölkerung eine unbezweifelbar klare Entscheidung für den Westen gegen den Osten, aber auch gegen jede Neutralitätspolitik, getroffen. Allein der Umstand, daß Heinemanns „Gesamtdes Volkspartei“, die mit dem Gedanken der Neutralität agitierte, nicht mehr als 1,1 v. H. der deutschen Wähler anziehen konnte, setzt allen Diskussionen darüber, wo Deutschland heute zu stehen wünscht, ein radikales Ende.

Dr. Adenauers Politik, die die europäische Montan-Union, die Europäische Ver-

teidigungsgemeinschaft, den Deutschlandvertrag und darüber hinaus die feste Verbindung mit dem Westen geschaffen hat, ist vom deutschen Volk bestätigt worden. Mehr als das: Das praktische Verschwinden der Kommunisten aus der politischen Mitbestimmung in Deutschland und das Zerschlagen jeder Art von Rechtsradikalismus haben gezeigt, daß die Deutschen das klare Zusammengehen mit dem Westen, die gemeinsame europäische Verteidigung und die Schaffung eines vereinten Europas heute als die beste deutsche Politik für Gegenwart und Zukunft beurteilen. Die neue Bundesregierung wird also dieses Votum der Deutschen zur Grundlage ihres neuen Vierjahresprogramms machen. Innenpolitische Schwierigkeiten auf dem Weg zur europäischen Vereinigung, die in den vergangenen zwei Jahren der Bundesregierung zu schaffen machten, sind jetzt weitgehend geschwunden. Es ist selbstverständlich, daß der neuen Bundesregierung die Frage der deutschen Wiedervereinigung als das besondere Problem Deutschlands am Herzen liegt. Eine Alternative: Europäische Verteidigungsgemeinschaft oder Wiedervereinigung, die bisher vielfach konstruiert worden ist, kann es jetzt überhaupt nicht mehr geben.

Die bisherige Bundesregierung hatte die grundlegenden Vorarbeiten für die deutsche, gleichberechtigte Mitwirkung an Europa geleistet. Jetzt kann die neue Regierung auf diesem breiten Fundament aufbauen. Die neue Regierung erhofft sich eine gute Zusammenarbeit mit ihren europäischen Nachbarn und wird das Zusammenwachsen Europas bei allen Gelegenheiten forcieren. Die neue Regierung hat die Hoffnung, mit diesem Regierungsprogramm nicht nur die Grundlagen für ein gemeinsames und vereintes Gesamtdeutschland zu schaffen, sondern mit ihm auch ein kräftiges geeintes Europa in friedliche Nachbarschaft zum Osten zu bringen.

## Ein gefährlicher Vorschlag

Das politische Klima in der Bundesrepublik wird auch in Zukunft sehr wesentlich von dem Verhältnis zwischen der CDU/CSU und der Sozialdemokratischen Partei abhängen. Dr. von Brentano, der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich erst in diesen Tagen mit Nachdruck dafür eingesetzt, daß die Atmosphäre zwischen Regierung und sozialdemokratischer Opposition in innen- und außenpolitischen Fragen nach Beendigung des Wahlkampfes entspannt werde. Das ist die Sprache der Vernunft und der demokratischen Toleranz, die die Christlich-Demokratische Union nach ihrem großen Wahlsieg überall spricht und die den parlamentarischen „Übermut“, den man der starken Regierungspartei hier und da glaubte voraussagen zu müssen, völlig ausschließt.

Leider spricht die SPD nicht die gleiche Sprache. Erst jetzt konnte man in einem Leitartikel der linksgerichteten „Frankfurter Rundschau“ durch Hans Henrich erfahren, daß es für die deutsche Sozialdemokratie sehr wohl eine andere Mög-

lichkeit gebe. Die ausgestreckte Hand Dr. von Brentanos wird als ein „Tastversuch“ bezeichnet, und, so fährt Henrich fort, „ob und wie die Sozialdemokraten auf solche Tastversuche reagieren werden, ist zweifelhaft. Es gibt immerhin in dieser Partei nicht unbeachtliche Stimmen, die darauf hinweisen, daß die SPD-Fraktion des ersten Bundestages unter erheblichem Aufwand an fachmännischer Arbeit Gesetze ausgearbeitet und gegen den Widerstand von Kanzler und Finanzminister mit der Mehrheit des Hauses durchgefochten habe. Diesen Aufwand an Arbeit, Geld und Menschen, so meinen diese Stimmen, solle sich die SPD-Fraktion in Zukunft sparen, bzw. außerhalb des Parlaments zur Aufklärung des Volkes und zur systematischen Werbung verwenden“.

Wir wissen, daß Herr Henrich nicht die gesamte SPD verkörpert. Daß er aber diesen Leitartikel ausgerechnet zum Beginn des „kleinen Parteitages“ der Sozialdemokraten in Bonn schrieb, dürfte kennzeichnend sein. Und wir wissen ferner, daß Herr Henrich einen sehr kurzen Draht

von Frankfurt zu seinem Ministerpräsidenten Zinn in Wiesbaden hat, der den radikalen Flügel der Sozialdemokratie verkörpert und dem nach dem Scheitern des SPD-Wahlkampfes von gewisser Seite die Chance eingeräumt wird, seinen Einfluß zu verstärken. Der hessische „Linksdrall“ der SPD also ist es ohne Zweifel, der sich hier wieder einmal bemerkbar macht.

Diese Entwicklung sehr genau zu beobachten, ist ein Gebot der Stunde. Sollte die Sozialdemokratie sich dazu entschließen, von einer parlamentsaktiven zu einer parlamentspassiven Partei zu werden, sollte sie bereit sein, die wichtige und allem anderen voranzustellende sachliche Arbeit im Bundestag zu negieren, dann würde sie damit ihre bisherige Politik des ständigen Neinsagens nur verstärken. Sie würde nicht den christlichen Demokraten schaden, wohl aber der jungen deutschen Demokratie aus parteitaktischen Erwägungen heraus einen Dolchstoß versetzen. Der Politik des „Nein“, die von der SPD bisher so häufig getrieben wurde, hat die deutsche Wählerschaft in überzeugender Mehrheit ihr „Ja“ zur Politik des Kanzlers entgegengesetzt. Eine Ablehnung der parlamentarischen Arbeit überhaupt, wie sie hier aus Kreisen der SPD angedeutet wird, würde beim deutschen Volk nur eine noch stärkere Abwendung von der SPD zur Folge haben.

## Das Gebot der Stunde

Prälat Meixner zur jüngsten Bayernpartei-Erklärung

Der erste Vorsitzende der CSU-Landtagsfraktion, Prälat Georg Meixner, hat zu den Verlautbarungen über die jüngste außerordentliche Fraktionssitzung der Bayernpartei Stellung genommen. Prälat Meixner stellt fest, die Führung der CSU habe im Interesse der Sache, nämlich um die Spaltung des christlichen Lagers in Bayern endlich zu überwinden, jedes Entgegenkommen gezeigt; sie habe erklärt, daß die Tore weit offen stünden und daß es nicht Sieger und Besiegte geben solle, sondern einfach christlich und bayerisch gesinnte Männer in beiden Lagern, die das Gebot der Stunde begreifen und die gewillt sind, daraus im Interesse Bayerns die Folgerungen zu ziehen. Es sei überaus bedauerlich, daß entgegen diesem versöhnlichen Entgegenkommen ein Teil der Fraktion der Bayernpartei glaube, eine Sprache führen zu sollen, die weder dem Ernst des Anliegens noch den politischen Gegebenheiten gerecht werde und die jede Verständigung von vorneherein unmöglich zu machen versuche.

Wörtlich sagte der CSU-Fraktionsvorsitzende: „Die außerordentliche Fraktionssitzung der Bayernpartei hat sich so gebärdet, als ob die BP als Siegerin aus der Wahl des 6. September hervorgegangen sei und nunmehr der CSU ihre Bedingungen diktieren könne. Die Forderung nach dem Rücktritt des Bayerischen Ministerpräsidenten und deren Begründung muß nach dem beispiellosen Erfolg der CSU, der zugleich der Erfolg ihres Vorsitzenden ist, im Lager der CSU als Herausforderung, ja geradezu als Verhöhnung empfunden werden und als der eindeutige Versuch gewisser uns wohlbekannter Kreise in der BP, die sich anbahnende Verständigung mit dem christlich-konservativen Flügel der Bayernpartei unmöglich zu machen.“

## Bahn frei für die Handwerksordnung!

Am 26. März hatte der Bundestag, am 24. April der Bundesrat die Handwerksordnung angenommen. Monatelang ist seitdem um das Einverständnis auch der amerikanischen Besatzungsmacht gerungen worden, welche die Gesetzesmaterie zum sogenannten „Vorbehaltsrecht“ des Besatzungsstatuts rechnet. In diesen Verhandlungen setzte sich Bundeskanzler Dr. Adenauer wiederholt persönlich für die Belange des deutschen Handwerks ein. Ende August schließlich hat die amerikanische Besatzungsmacht verfügt, daß ihre der Handwerksordnung entgegenstehenden Bestimmungen aufgehoben werden. In Kürze schon ist die Verkündung der Handwerksordnung im Bundesgesetzblatt zu erwarten. Möglicherweise ist nunmehr als letzte Hürde noch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die Vereinbarkeit der Handwerksordnung mit dem Grundgesetz zu nehmen. Sollte das Gericht einen Widerspruch zum Grundgesetz feststellen, müßte der Bundestag ein verfassungsänderndes Gesetz beschließen, um die Handwerksordnung dennoch in Kraft zu setzen. An der erforderlichen verfassungsändernden Mehrheit hat indes bereits im letzten Bundestag kein Zweifel bestanden, erst recht nicht im neuen Bundestag.

### Steuer- und Aufgabenverteilung

Das Bundesfinanzministerium hat einen 15 köpfigen Arbeitsausschuß zum Studium der Fragen der Steuer- und Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern eingesetzt. Dieser Ausschuß soll bis Ende Oktober zu den im Ministerium ausgearbeiteten Plänen Stellung nehmen. Die Steuer- und Aufgabenverteilung wird als unerläßliche Vorstufe jeder Steuerreform angesehen. Eine Senkung der Steuerlast sei, so wird im Bundesfinanzministerium

## Sozialpolitik im Vordergrund

Die Partei- und Fraktionsvorstände der Christlich-Demokratischen Sozialen Union haben in ihrer ersten Sitzung nach dem Volksentscheid des 6. September erneut mit allem Nachdruck bestätigt, was bereits in den Wahlkonditionen der CDU/CSU klar zum Ausdruck gekommen war: Neben dem vornehmsten Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit wird die CDU/CSU in den kommenden vier Jahren verantwortlicher parlamentarischer Arbeit noch stärker als bisher ihr besonderes Gewicht auf die Sozialpolitik legen.

Der Grundsatz, daß eine gute Wirtschaftspolitik auch die beste Sozialpolitik ist, hat die soziale Aufbauarbeit der vergangenen vier Jahre bestimmt. Von einem unübersehbaren Trümmersfeld, aus unvorstellbarem Elend, gelangte die Bundesrepublik durch die Arbeitskraft seiner Bevölkerung und dank der Sozialen Marktwirtschaft sowie aus christlicher Verantwortung geleisteten sozialpolitischen Aufbauarbeit zu einem Lebensstandard, der vom Ausland als „deutsches Wunder“ bezeichnet wird.

Die bisherigen Leistungen bilden keineswegs das Endziel, sondern nur das Fundament, auf dem es jetzt aufzubauen gilt. Der Grundriß dieses künftigen wirtschafts- und sozialpolitischen Gebäudes wurde durch das Hamburger Programm vom 22. April 1953 geschaffen. Seine Hauptlinien sind: Eingliederung der Ver-

triebenen und Flüchtlinge, Erhöhung der Produktivität und des Lebensstandards, eine gesunde Agrar- und Mittelstandspolitik, eine noch stärkere Förderung von Wohnungseigentum und Dauerwohnrecht sowie ganz besonders der Bau von familiengerechten Wohnungen, eine wirtschaftlich sinnvolle Steuerreform, die das Steuersystem vereinfacht und besonders die unteren Einkommen entlastet, die Sicherung des sozialen Friedens und der Rechte der Familie, ausreichende Kriegsopfer- und Altersversorgung sowie Sozialversicherung und die Schaffung von Eigentum für alle Schichten des Volkes.

Die überwältigende Mehrzahl der Bevölkerung der Bundesrepublik hat am 6. September der Bundesregierung sowie den bisherigen Koalitionsparteien das Vertrauen für die geleistete Arbeit in eindeutiger Weise ausgesprochen. Die Christlich-Demokratische Union wird als verantwortliche Regierungspartei dieses Vertrauens in vollem Umfange rechtfertigen.

### 835 Mill. DM Investitionshilfe

Das Aufkommen aus der Investitionshilfeumlage hat 835 Mill. DM erreicht. Die Gesamtsumme der bis zum 31. März 1953 geförderten Investitionen beläuft sich auf 3780 Mill. DM. Die Investitionshilfe hat demnach über ihren unmittelbaren Einfluß hinaus eine weitgehende Sekundärwirkung auf die gesamte deutsche Wirtschaft ausgeübt.

### Abbau der Wohnungszwangswirtschaft

Das Bundesministerium für Wohnungsbau hält einen gesunden Wohnungsbau nur dann für möglich, wenn die Wirtschaftlichkeit im Wohnungswesen wiederhergestellt und die staatliche Vormundschaft abgebaut wird. Solange das große Loch zwischen Angebot und Nachfrage bestehe, könne jedoch, so wird in dem Ministerium erklärt, das „notwendige Übel“ der Zwangswirtschaft nur nach und nach, völlig erst nach Deckung des dringendsten Wohnraumbedarfs beseitigt werden. Die Novelle zum Ersten Wohnungsbauengesetz und das Wohnraumbewirtschaftungsgesetz seien die ersten Schritte zu Befreiung des Wohnungswesens.

Die überwältigende Mehrzahl der Bevölkerung der Bundesrepublik hat am 6. September der Bundesregierung sowie den bisherigen Koalitionsparteien das Vertrauen für die geleistete Arbeit in eindeutiger Weise ausgesprochen. Die Christlich-Demokratische Union wird als verantwortliche Regierungspartei dieses Vertrauens in vollem Umfange rechtfertigen.

Die überwältigende Mehrzahl der Bevölkerung der Bundesrepublik hat am 6. September der Bundesregierung sowie den bisherigen Koalitionsparteien das Vertrauen für die geleistete Arbeit in eindeutiger Weise ausgesprochen. Die Christlich-Demokratische Union wird als verantwortliche Regierungspartei dieses Vertrauens in vollem Umfange rechtfertigen.

**Die Nordatlantikkartorganisation, der Schumanplan, die Unterzeichnung des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft und die Fertigstellung des Entwurfs einer Europäischen Verfassung, all dies trägt gemeinsam dazu bei, heute neue Hoffnung aufkeimen zu lassen.**

(James B. Conant im Bayerischen Rundfunk)

## Findet der DGB zurück?

Das DGB-Zentralorgan „Welt der Arbeit“ hat sich in seiner letzten Ausgabe zum Ergebnis des 6. September geäußert. Darin scheinen — wenn auch nicht alle — so doch gewisse Äußerungen begrüßenswert. So bezeichnet die „Welt der Arbeit“ das Wahlergebnis als eine klare demokratische Entscheidung, die selbstverständlich und uneingeschränkt vom DGB und dem ihm angeschlossenen Gewerkschaften anerkannt und respektiert werde. Diese Erklärung darf, wenn sie wirklich gemeint ist, dankbar zur Kenntnis genommen werden, besonders dann, wenn man sie vergleicht mit den entgegenstehenden Forderungen maßgebender DGB-Funktionäre im Verlaufe des Wahlkampfes.

Die „Welt der Arbeit“ schließt ihre Stellungnahme mit dem Appell, die Einheit der Gewerkschaften zu erhalten. Dieser Wunsch ist allerdings nur dann in die Tat umzusetzen, wenn die Gewerkschaften eindeutig den Weg zur parteipolitischen und weltanschaulichen Neutralität zurückfinden; die Beachtung des Paragraphen 8 im DGB-Statut ist dafür die entscheidende Voraussetzung.

Die Politik der CDU/CSU ist bestimmt von dem Grundsatz des Maßhaltens und der Verständigung. Dieser Grundsatz kann jedoch nur dann wirksam werden, wenn ihm von anderer Seite mit der gleichen Einstellung begegnet wird. — Findet der DGB den Weg zurück? Das ist jetzt die Frage!

## Mißglückter Ollenhauer-Kult

In SPD-Publikationen bemüht man sich, den Ärger über die Niederlage durch unsachliche Angriffe gegen einen angeblichen „Kanzlerkult“ abzureagieren. Aber während die Begeisterung über den Wahlsieg des Bundeskanzlers und mit ihm der CDU-CSU über alle parteipolitischen, ja nationalen Grenzen hinausreicht, weil er auf echter Leistung beruht, treibt die Opposition um ihre Prominenz einen „Kult“, der mit sachlichen Leistungen, zumindest im Falle Ollenhauer, absolut nicht gerechtfertigt werden kann. So liegt uns ein als „Die erste Biographie über den Führer der Opposition“ in Inseraten groß angekündigtes Buch vor, das Anfang Juli unter dem Titel „Erich Ollenhauer“ erschienen ist. Wenn wirklich von einer „an Goebbels geschulten Propaganda“ die Rede sein kann, so hier — vor allem dann, wenn man dieses bebilderte Büchlein mit den entsprechenden Schriften über Dr. Adenauer vergleicht. „Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei“ nannte Joseph Goebbels eines seiner ersten „Werke“; „Vom Arbeiterjugendführer“ lautet das erste Kapitel dieser Biographie und das letzte — von Bescheidenheit völlig unbelastet — „Aufstieg aus dem Chaos“ (Erich Ollenhauers Weg seit 1946).

Wer treibt also „Kult“ mit Göbbelsschen Methoden, die CDU oder die SPD? — Wer gehofft hatte, die Sozialdemokratie werde ihre Niederlage mit Würde zu tragen wissen und u. a. auch ihre Publizistik auf die Grundlage der sachlichen Auseinandersetzung stellen, ist erneut um eine Hoffnung ärmer: Sie hat nichts gelernt.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, Bonn, Nassestr. 2 - Verlag und Vertrieb: Argelanderstr. 173 - Redaktion: Bonn, Pressehaus IV am Bundeshaus, Schließfach 102  
Druck: Buch- u. Verlagsdruckerei L. Leopold, Bonn